

27.04.2022

Stand: 28.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Russische Truppen versuchen weiterhin, Einheiten der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der Operation der Vereinten Streitkräfte einzukreisen und rücken von Isjum (Region Charkiw) im Norden und in Richtung Kurachowe (Region Donezk) im Süden vor.

Richtungen Tschernihiw und Sumy:

Der Leiter der Militärverwaltung der Region Sumy, Dmytro Schywyzykj, sagte, das russische Militär habe das Gebiet der Gemeinde Esman nahe der Grenze beschossen.

Richtungen Charkiw und Luhansk:

Der Beschuss der Region Charkiw geht weiter. Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Charkiw, Oleh Sinehubow, berichtete, dass in den vergangenen 24 Stunden am Abend des 27. April vier Menschen getötet und 21 verletzt wurden.

Der Leiter der Militärverwaltung der Region Luhansk, Serhij Haidai, erklärte, dass russische Truppen das Gebiet der Gemeinde Hirske, das sich in der Nähe der Kontaktlinie befindet, beschossen haben. Nach ersten Informationen wurde mindestens eine Person getötet. Die Militärische Regionalverwaltung von Luhansk meldet ebenfalls schweren Beschuss von Lyssytschansk im Laufe des Tages.

Richtungen Donezk und Saporischschja:

Russische Truppen bereiten eine Offensive gegen die Stadt Lyman im Norden der Region Donezk vor. Sie verstärkten den Beschuss von Awdijiwka bei Donezk. Der Leiter der Militärverwaltung der Region Donezk, Pawlo Kyrylenko, sagte, die russische Armee habe die Stadt zweimal mit Phosphorgranaten beschossen. Infolge des Beschusses brachen in Awdijiwka mehrere Brände aus, wobei nach vorläufigen Informationen mindestens eine Person verletzt wurde. In anderen Bezirken der Region wurden im Laufe des Tages 1 Person getötet und 7 weitere Zivilisten verwundet.

Der Vertreter der regionalen Militärverwaltung von Saporischschja, Iwan Arefjew, erklärte, das russische Militär versuche, seine eigene taktische Position in Richtung Saporischschja zu verbessern. Zu diesem Zweck setzen sie insbesondere Luftangriffe und Artilleriebeschuss auf Wohngebiete fort.

Richtung Dnipro:

Die Intensität des feindlichen Beschusses in Richtung Krywyj Rih nimmt zu. Nach Angaben der Militärverwaltung der Region Dnipropetrowsk beschossen russische Truppen die Stadt Selenodolsk sowie die umliegenden Dörfer. Ein Energieinfrastrukturunternehmen in Selenodolsk wurde getroffen, wobei eine Person verletzt wurde.

Richtung Süden:

Die Russische Föderation versucht, den südlichen Teil der Region Odessa abzuschneiden und eine der Transportrouten zu blockieren, die die Ukraine mit Rumänien verbinden. Zu diesem Zweck starteten russische Truppen einen wiederholten Raketenangriff auf eine Straßen- und Eisenbahnbrücke über den Dnister-Liman in Satoka in der Region Odessa. Das russische Militär konzentriert seine Bemühungen auch weiterhin auf die Richtungen Mykolajiw und Krywyj Rih.

Im vorübergehend besetzten Cherson waren in der Nähe des örtlichen Fernsehentrums Explosionen zu hören. Daraufhin wurde das russische Fernsehen in der Stadt abgeschaltet.

Informationskonfrontation

Das US-Unternehmen Microsoft hat einen Bericht über die zahlreichen Cyberangriffe Russlands auf die Ukraine veröffentlicht. In dem Bericht heißt es, dass die Aktivierung einschlägiger Cyberangriffe von russischer Seite im ukrainischen Cyberraum seit März 2021 zugenommen hat. Mehr als 40% der Cyberangriffe der Russischen Föderation in diesem Zeitraum richteten sich gegen Organisationen im Bereich der kritischen Infrastruktur, weitere 30 Prozent gegen ukrainische Regierungsstrukturen.

HUMANITÄRE LAGE

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte verzeichnete bis zum 26. April 2022 5.939 zivile Opfer in der Ukraine (2.787 Tote und 3.152 Verletzte). Mehr als 610 Kinder litten unter der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation. Bis zum Morgen des 27. April waren nach offiziellen Angaben der Staatsanwaltschaft 217 Kinder getötet und mehr als 393 verletzt worden.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt, dass bis zum 28. April 5,37 Millionen Menschen (90 % davon Frauen und Kinder) die Ukraine als Folge der russischen Invasion verlassen haben.

Die Ombudsfrau Ljudmyla Denisowa sagte, dass in der ersten Aprilhälfte etwa 400 Beschwerden von Ukrainern über Fälle von sexueller Gewalt durch das russische Militär eingingen.

Das Hauptdirektorat für Nachrichtendienste des Verteidigungsministeriums berichtete, dass das russische Militär in den vorübergehend besetzten Gebieten groß angelegte "Filtrationsmaßnahmen" durchführte. Bei den Opfern handelt es sich zumeist um Männer im wehrpflichtigen Alter (vor allem Veteranen der Anti-Terrorist Operation/Joint Forces Operation, ehemalige Militär- und Polizeibeamte sowie pro-ukrainische Aktivisten).

Ida Sawyer, Direktorin für Krisen und Konflikte bei Human Rights Watch, rief andere Staaten, internationale Organisationen und Vertreter der Zivilgesellschaft dazu auf, sich den Bemühungen um die Untersuchung von Kriegsverbrechen in der Ukraine anzuschließen.

Die WHO hat von anhaltenden Angriffen auf das ukrainische Gesundheitssystem berichtet, die sich unter anderem gegen medizinische Einrichtungen, Transportmittel,

Personal, Patienten, Vorräte und Lagerhäuser richten. Seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion wurden bis zum 28. April 171 Zwischenfälle registriert, bei denen 73 Menschen getötet und 52 verletzt wurden.

Der stellvertretende Leiter des Präsidialamtes, Kyrylo Tymoschenko, erklärte, dass in der Ukraine infolge der Kämpfe mehr als 18.000 Infrastruktureinrichtungen zerstört worden seien.

Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Serhij Schkarlet, erklärte, dass seit Beginn der russischen Invasion 102 Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten und Universitäten) in der Ukraine vollständig zerstört worden seien. Weitere 1.412 Bildungseinrichtungen wurden beschädigt.

Widerstand

Einwohner der vorübergehend besetzten Stadt Cherson haben mit einer Kundgebung gegen die Besetzung der Region und ein von Russland geplantes Referendum protestiert. Das russische Militär löste die Kundgebung mit Blendgranaten und Tränengas auf. Vier Menschen wurden verletzt und erlitten Verbrennungen.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, die Einfuhrzölle auf alle ukrainischen Ausfuhren in die Europäische Union für ein Jahr auszusetzen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij erörterte die Einzelheiten dieser Initiative mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. In seiner Ansprache befürwortete er den Vorschlag und betonte, dass er es der Ukraine ermöglichen würde, die Wirtschaftstätigkeit inmitten des Krieges so weit wie möglich aufrechtzuerhalten.

Die Nationalbank hat im April Kriegsanleihen im Wert von 50 Mrd. UAH ausgegeben. Der Anstieg des Ankaufs von Militäranleihen in diesem Monat ist in erster Linie auf den erhöhten Haushaltsbedarf aufgrund der auferlegten Steueränderungen und die geringere internationale Finanzierung zurückzuführen.

Premierminister Denys Shmyhal lässt zu, dass das ukrainische BIP bis 2022 um 30-50 % sinken könnte.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

UN-Generalsekretär António Guterres ist in der Ukraine eingetroffen. Er will mit Präsident Selenskij über die Ausweitung der humanitären Hilfe für die Ukraine und die Gewährleistung der Evakuierung von Zivilisten aus Kriegsgebieten sprechen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij erörterte mit dem indonesischen Präsidenten Joko Widodo die Frage der Ernährungssicherheit und dankte ihm für seine Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine. Selenskij sagte auch, dass Widodo ihn während des Gesprächs eingeladen habe, am G20-Treffen teilzunehmen, das im November 2022 in Indonesien stattfinden wird.

Wolodymyr Selenskij führte auch ein Gespräch mit dem italienischen Premierminister Mario Draghi. Er bedankte sich für die Unterstützung Italiens für schärfere Sanktionen

gegen Russland sowie für die Gewährung von Asyl für mehr als 100.000 ukrainische Flüchtlinge.

Die Leiterin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte, es sei nicht hinnehmbar, dass Russland die Gaslieferungen an europäische Verbraucher, namentlich Polen und Bulgarien, die sich weigerten, den Brennstoff in russischen Rubeln zu bezahlen, einstelle. Dies sei ein Element der Erpressung und zeige die Unzuverlässigkeit Russlands als Lieferant, so von der Leyen.

Der Schweizer Bundesrat hat weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Zu den neuen Maßnahmen gehören das Verbot der Einfuhr bestimmter Kategorien russischer Waren, das Verbot der Unterstützung russischer staatlicher und öffentlicher Organisationen und die Registrierung von Trusts für russische Bürger oder in Russland ansässige natürliche oder juristische Personen.

Gleichzeitig legte die Schweizer Regierung unter Berufung auf ihre Neutralitätspolitik ihr Veto gegen die Wiederausfuhr von in der Schweiz hergestellter Munition für das deutsche Flugabwehrgeschütz Gepard in die Ukraine ein. Laut Business Insider könnte das Problem dank der Vereinbarung Brasiliens, die entsprechende Munition an die Ukraine zu verkaufen, gelöst werden.

Der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer dementierte einen russischen Pressebericht, wonach sich Wien angeblich bereit erklärt habe, Zahlungen für russisches Gas in Rubel zu begleichen.

Die UN-Welttourismusorganisation (UNWTO) hat die Mitgliedschaft Russlands auf einer außerordentlichen Sitzung ausgesetzt.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) hat eine Resolution angenommen, in der die Einrichtung eines internationalen Tribunals gegen die militärische und politische Führung Russlands gefordert wird.

Der US-Kongress hat einen symbolischen Gesetzentwurf verabschiedet, in dem der US-Präsident aufgefordert wird, Gelder, die von Russland und seinen Bürgern, gegen die Sanktionen verhängt wurden, beschlagnahmt wurden, für die Ukraine bereitzustellen.

Das kanadische Unterhaus hat die Verbrechen der Russischen Föderation in der Ukraine einstimmig als Völkermord anerkannt. Zuvor hatten die Parlamente von Estland und Lettland ähnliche Beschlüsse gefasst.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.